

Presseinformation

Potsdam, 3. Juni 2009

Zur Meldung, wonach im Brandenburger Polizeidienst hunderte ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR arbeiten, **erklärt die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser:**

Vergangenheit mit menschlichem Maß bewerten

Die Linksfraktion geht davon aus, dass die Personalüberprüfungen bzw. Einzelfallprüfungen auch bei der Polizei in den Jahren 1990 bis 1996 mit größter Sorgfalt durchgeführt wurden.

Es gibt für uns keinen Anlass, an den Ergebnissen von runden Tischen und verschiedenen Kommissionen zu zweifeln.

Der Beschluss des Landtags vom Juni 1994 „Die Vergangenheit mit menschlichem Maß bewerten“ gilt für uns nach wie vor.

Wir sehen deshalb keinen Grund, die gesamte Polizei Brandenburgs unter Generalverdacht zu stellen. Sollten in einzelnen Fällen jetzt neue Details bekannt geworden sein, ist dies zu überprüfen unter der Maßgabe rechtsstaatlicher Grundsätze. Dazu zählen der Anspruch auf rechtliches Gehör, ein faires Verfahren und die strikte Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.

Fraglich ist jedoch der Zeitpunkt, zu dem offenbar bekannte Fakten aus dem Ministerium des Inneren in die Öffentlichkeit gelangt sind, ausgerechnet jetzt, wo Protestaktionen der Polizei auf einem Höhepunkt sind.